

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1952

503/J

A n f r a g e

der Abg. Ing. R a a b, K r i p p n e r, Dipl.-Ing. P i u s F i n k,
M a u r e r, G r u b h o f e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Einholung einer Stellungnahme der Banken zum Bericht des
Rechnungshofes über die Gebarungsprüfung verstaatlichter Banken, soweit
sie in der Zeit vom 8. März 1951 bis 10. April 1952 durchgeführt wurde
(594 d.B.).

.-.-.-.-.-

In der Sitzung des Nationalrates vom 14. Mai 1952 wurden anlässlich
der Beratungen über den Rechnungshofbericht für das Jahr 1951 die beiden
Beschlüsse gefaßt:

- a) Der Herr Präsident des Rechnungshofes wird ersucht, den Rechnungs-
hofbericht über die Prüfung der verstaatlichten Banken gemäß den
Bestimmungen des Rechnungshofgesetzes dem Nationalrat zur Kennt-
nis zu bringen.
- b) Der Rechnungshof wird gemäß § 23 des Rechnungshofgesetzes ersucht,
im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen dem Nationalrat den Bericht
über die Gebarung der verstaatlichten Banken unverzüglich vorzu-
legen.

In der gleichen Sitzung erklärte der Präsident des Rechnungshofes,
daß die Gebarungsprüfung der verstaatlichten Banken am 10.4.1952 abge-
schlossen und der Gesamtbericht der Bundesregierung mit dem Ersuchen über-
mittelt worden sei, den Leitungen der Banken den Bericht zur Gegenäuße-
rung zuzumitteln und diese Gegenäußerung dem Rechnungshof zur Kenntnis zu
bringen. Nach Einlangen dieser Stellungnahme der Banken werde der Rech-
nungshof dem Nationalrat seinen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen-
den Endbericht vorlegen. Diese Erklärung wurde von allen Parteien zustimmend
zur Kenntnis genommen.

Dieses vom Präsidenten des Rechnungshofes vorgeschlagene und von den
Parteien gebilligte Verfahren entspricht einem im österreichischen Recht
verankerten Grundsatz, daß dem Beschuldigten Gelegenheit zu geben sei,
zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Überdies ist
dieser Rechtsgrundsatz auch im Rechnungshofgesetz verankert und wurde
bisher auch dort, wo er nicht ausdrücklich zwingend vorgeschrieben ist,

in Analogie angewendet, wie der Herr Präsident des Rechnungshofes in seinem Schreiben vom 16. Mai 1952 dem Herrn Vizkanzler ausdrücklich mitteilte.

Der Präsident des Rechnungshofes fährt in seinem Schreiben fort: "Sollte die Bundesregierung im konkreten Falle die Einholung einer Gegenäußerung aus besonderen Gründen nicht für angezeigt erachten und dem Rechnungshof eine diesbezügliche schriftliche Mitteilung zukommen lassen, dann würde der Rechnungshof den Bericht ohne Stellungnahme der Banken dem Nationalrat vorlegen."

Darauf antwortete der Vizkanzler unterm 21.5. 1952, daß die Bemerkungen des Präsidenten des Rechnungshofes in dem vorerwähnten Schreiben vom 16. Mai 1952 durch die Beschlüsse des Nationalrates, die in der Sitzung vom 14. Mai 1952 gefaßt wurden, bereits überholt seien, und lehnt die Heranziehung der Analogie, nämlich die Übermittlung des Berichtes zur Stellungnahme an die Banken, ausdrücklich ab, indem er erklärt, er halte eine weitere Befassung der Bundesregierung mit der Angelegenheit nicht mehr für angezeigt.

Die gefertigten Abgeordneten richten an die Bundesregierung die

A n f r a g e:

- 1.) Welches waren die besonderen Gründe, die die Bundesregierung veranlasst haben, von dem Rechtsgrundsatz des beiderseitigen richterlichen Gehörs, im speziellen Fall von der bisherigen Übung, den geprüften Instituten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, abzugeben?
- 2.) Wurde diesbezüglich ein Beschluss des Ministerrates gefasst oder handelt es sich lediglich um eine Eigenmächtigkeit des Herrn Vizkanzlers, nachdem der Abg. Dr. Pittermann in der Sitzung des Rechnungshofausschusses vom 19. Juni 1952 die Erklärung abgegeben hat, seine Partei hätte nichts dagegen einzuwenden, dass der Rechnungshofbericht den Banken zur Stellungnahme übermittelt werde?

— . — . — . —